

Beschluss des Landrats vom 31.10.2019

Nr. 232

30. Gasversorgung im Kanton Basel-Landschaft 2019/588; Protokoll: ble

Der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage, es gleichzeitig abzuschreiben, orientiert Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP). Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Postulant **Rolf Blatter** (FDP) meint, der direkte Zusammenhang mit dem vorhergehenden Vorhaben sei unschwer erkennbar. Für die Beantwortung durch den Regierungsrat bedankt sich der Redner, fügt aber folgende Bemerkungen an: Auf der Idee fusst erstens die Entscheidung der IWB, aus dem Gasgeschäft auszusteigen, was der Redner mit der «Brille der IWB» sogar nachvollziehen kann. Denn wenn die IWB sagt, sie steige aus dem Gasgeschäft aus, weil sie intern in Konkurrenz mit der Fernwärme steht, so braucht sie das Gasleitungsnetz nicht. Und der ganz grosse Teil der Gasbezüger im Kanton Basel-Landschaft bezieht das Gas von der IWB. Wenn die IWB aus politischen Gründen, die in der Stadt zu Hause sind, beschliesst, das Gasnetz abzudrehen oder gar zu plombieren, so hat man plötzlich auf dem Land auch kein Gas mehr. Sein Vorstoss verlangt vom Regierungsrat zu prüfen, was in einem solchen Fall unternommen werden könnte. Die Regierungsantwort geht nicht zu hundert Prozent in die gute Richtung. Denn es wird geschrieben, das Ziel der IWB sei noch in weiter Ferne. Schaut man sich aber den Geschäftsbericht der IWB an, so steht dies an oberster strategischer Stelle, und ob es so lange gehen wird, darf zumindest bezweifelt werden. Und die Aussage in der Antwort, die Fragen seien sehr hypothetisch und wären dannzumal zu beantworten, kann man zwar so sehen, ist aber nicht im Sinn des Postulanten, und spricht insbesondere nicht für eine Abschreibung des Postulats. Denn wenn ein Entscheid von Seiten IWB relativ bald käme, müssten die Fragen beantwortet und insbesondere auch eine Aussage dazu gemacht werden, was passiert, wenn die IWB aus diesem Geschäft aussteigt und das Gasleitungsnetz ausser Betrieb nimmt. Man möchte in diesem Fall nicht die Nase am Fenster plattdrücken oder lange Gesichter machen müssen. Rolf Blatter plädiert dafür, das Postulat stehen zu lassen und die Fragen nochmals aufzunehmen.

Urs Kaufmann (SP) beruhigt seinen Vorredner, die IWB habe einerseits den Auftrag, die CO₂-Freiheit anzustreben und dafür alles zu unternehmen. Andererseits sind sich die Verantwortlichen der IWB bewusst, dass sie viele Baselbieter Kunden haben, die sie mit Gas versorgen müssen und dass sie diesen nicht einfach den Schieber dichtmachen können, wie von Rolf Blatter gesagt. Daher ist die IWB bereits in intensiven Gesprächen mit den Gemeinden. In Frenkendorf wurde von der IWB aufgezeigt, in welchen Bereichen zuallererst Leitungen ersetzt werden müssten, damit auch entsprechend von Gemeinde-seite etwas unternommen werden kann und man in diesen Quartieren Alternativen hat. In Frenkendorf war die Übereinstimmung relativ gross, da in den betroffenen Quartieren aktuell die Fernwärme der EBL ein Thema ist, und in diesem Sinne die Ablösung vorbereitet werden kann. Der Weg ist, dass die IWB mit den Gemeinden ganz genau hinsieht und prüfen muss, welches die ältesten Gasleitungen sind, um diese zuerst zu ersetzen. Gleichzeitig müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass man an diesen Orten nicht mehr auf Gas angewiesen ist und so ein schrittweiser Ausstieg möglich ist.

Das Gasnetz kann aber auch weiterhin durchaus eine Rolle spielen. Und es muss nicht alles a priori zurückgebaut und mittelfristig nicht mehr gebraucht werden. In Bezug auf Speichermöglichkeiten für Stromüberschüsse werden sich ganz neuen Möglichkeiten auftun. Man muss also keine Angst haben, dass die IWB das gesamte Gasnetz einfach stilllegen wird, auch wenn sie dekarbonisieren will. Das Postulat kann sehr wohl abgeschrieben werden. Man kann der IWB die Verant-

wortung überlassen, dass sie ernsthaft mit den Gemeinden zusammen die Sache prüft und keine Kunden ohne Gas frieren lassen wird.

Markus Dudler informiert, bei der CVP/glp-Fraktion habe die Überweisung des Postulats nicht zur Diskussion gestanden. Die Frage stellt sich aber, ob es abgeschrieben werden soll. Für ein Stehenlassen spricht vor allem, dass künftig die Gasleitungen höchstwahrscheinlich eine überragende Funktion als Energiespeicher haben werden. Daher spricht sich die Fraktion dafür aus, das Postulat stehen zu lassen.

Rolf Blatter (FDP) antwortet Urs Kaufmann: Wenn die IWB aus dem Gasgeschäft aussteigen wolle, dann habe der einzelne Hausbesitzer nicht die Wahl, sondern es werde ihm von extern befohlen, auf Fernwärme umzustellen. Und auch seinem Landratskollegen dürfte bewusst sein, was ein Fernwärmeanschluss im Vergleich zum Ersatz einer Gaswandtherme kostet, die relativ kostengünstig ist. In der Schweiz fristet zudem die Fernwärme immer noch ein stiefmütterliches Dasein, notabene aus Gründen der Topographie und der geografischen Ausdehnung der Schweiz. Hier spricht man von Faktoren, die im 200 bis 300 prozentigen Bereich liegen, wenn man von einem Fernwärmeanschluss inklusive Kostenbeteiligung des Hausanschlusses ans Strassennetz ausgeht. Das ist kaum im Interesse einer Mehrheit der Hauseigentümer.

Urs Kaufmann (SP) ist überrascht über die FDP-Fraktion, die in diesem Bereich plötzlich einen Markteingriff von Seiten Kanton verlangt. Die IWB ist mit ihrer Dekarbonisierungsstrategie sehr gut unterwegs und arbeitet intensiv daran, gemeinsam mit den Gemeinden Lösungen zu finden. Sei dies in Bezug auf den quartierweisen Rückbau oder die Belassung der Leitungsnetze, um sie später für neue Technologien zu nutzen. Die IWB wird, zusammen mit den Gemeinden, Lösungen finden. Das Postulat kann daher abgeschrieben werden, dies auch eine Empfehlung an die CVP/glp-Fraktion. Man sollte zuwarten, was die IWB macht. Es wäre falsch, im jetzigen Moment schon einzugreifen. Die IWB soll mit den Gemeinden zusammen planen. Die neuen Technologien müssen sich erst entwickeln, damit sie anschliessend in Zusammenhang mit dem Erdgas genutzt werden können. Sollte sich dies nicht richtig entwickeln, muss man weiterschauen. Auch an die FDP ergeht die Empfehlung, das Postulat abzuschreiben und darauf zu vertrauen, dass sich der Markt in die richtige Richtung entwickelt.

Aus Sicht von Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) sind die Gasnetze eine Diskussion wert. Es lohne, sich Gedanken über deren Zukunft zu machen, denn es handelt sich um eine Infrastruktur, die auf längere Zeit ausgelegt ist. Die Fragen, was damit und mit denjenigen, deren Haussysteme daran angehängt sind, passiert sind, sind ein stückweit hypothetisch. Zwar könnte man konkreter werden in Bezug auf die gestellten Fragen, aber im Umkehrschluss stellt sich folgende Frage ans Parlament, wenn der Vorstoss stehen bleiben soll: Wenn langfristig gesichert werden soll, dass das Gasnetz ausserhalb von Basel-Stadt im Kanton Basel-Landschaft bestehen bleibt, wer soll es dann weiter betreiben? Ob das dann die Aufgabe des Staats sei, fragt der Baudirektor Rolf Blatter. Denn letztlich wäre dies die einzige Möglichkeit, aktiv zu werden. Zurzeit ist niemand in Sicht, der sich vordrängt, das Gasnetz zu übernehmen. Sowohl der Gefragte wie der Sprecher wissen um die unternehmerischen Risiken. Wird das Postulat stehen gelassen, verlangt Regierungspräsident Isaac Reber genau zu wissen, was die Intention ist. Soll sich der Staat engagieren? Die Fragen sind beantwortet.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) stellt fest, dass die Überweisung weiterhin nicht bestritten ist.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 65:15 Stimmen abgeschrieben.

